

## Inhaltsprotokoll

## Öffentliche Sitzung

### **Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie**

22. Sitzung  
11. April 2013

Beginn: 13.06 Uhr  
Schluss: 15.54 Uhr  
Vorsitz: Renate Harant (SPD)

#### Punkt 1 der Tagesordnung

##### a) **Aktuelle Viertelstunde**

**Katrin Möller** (LINKE) fragt, welche Festlegungen bzw. Vereinbarungen zwischen SenBildJugWiss und den für das Asylverfahren und die Unterbringung von Asylsuchenden zuständigen Stellen im Land Berlin zur Gewährleistung des Kinderschutzes gälten. Wie und durch wen werde die Einhaltung dieser Kinderschutzregelungen kontrolliert und sichergestellt?

**Staatssekretärin Sigrid Klebba** (SenBildJugWiss) antwortet, der Schutz des Kindeswohls sei nicht davon abhängig, welcher Bevölkerungsgruppe die Familien zugehörten oder ob sie Asylsuchende oder Flüchtlinge seien. Die im Netzwerk Kinderschutz entwickelten und implementierten Standards und Verfahren zum Kinderschutz und der damit verbundene Ansatz, frühzeitig zu unterstützen und zu begleiten, gälten grundsätzlich auch für diese Zielgruppe. Daher seien in allen Gemeinschaftsunterkünften Sozialarbeiter/innen beschäftigt und eingesetzt, um auch die Sicherung des Kindeswohls im Auge zu haben. In den Gemeinschaftsunterkünften gebe es Kinderbetreuungsmöglichkeiten, dort sei die Schnittstelle zu den Jugendämtern. Sobald Gefährdungsmomente offenbar würden, müsse darüber der Kontakt zu den Jugendämtern hergestellt werden. Damit träten Unterstützungsleistungen zur Sicherung des Kindeswohls ein. Dies betreffe den Schutzauftrag von SGB VIII, § 8a. Eine definitive schriftliche Vereinbarung zwischen dem für die Unterkünfte zuständigen LAGeSo und den Jugendämtern oder der Senatsjugendverwaltung gebe es aus den beschriebenen Gründen nicht. – Für die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge sei SenBildJugWiss zuständig. Die erforderlichen Maßnahmen würden in der Erstaufnahmestelle durch den Träger geleistet.

**Katrin Möller** (LINKE) möchte wissen, ob es mit der Erstaufnahmestelle in der Turmstraße Vereinbarungen gebe. Bei dieser ersten Anlaufstelle seien Wartezeiten von bis zu acht Stunden zu verzeichnen. Dort gebe es keine Sorgemöglichkeit für Frauen und Kinder.

**Staatssekretärin Sigrid Klebba** (SenBildJugWiss) erwidert, dass für diese Erstaufnahmestelle SenBildJugWiss nicht zuständig sei. Wenn es dort eine Problematik in Bezug auf Kinderschutz gebe, wäre diese in Bezug zu SenBildJugWiss bzw. den bezirklichen Jugendämtern zu regeln.

**Marianne Burkert-Eulitz** (GRÜNE) bemerkt, dass es am Vortag in „Klartext“ beim RBB zum Thema Mieter und Mieten eine Dokumentation darüber gegeben habe, dass Kitas, die seit Jahrzehnten bestünden, in der Innenstadt von privaten Vermietern verdrängt würden. Wie gehe der Senat mit dieser Problematik um?

**Staatssekretärin Sigrid Klebba** (SenBildJugWiss) antwortet, dass die Finanzierung der Kindertagesbetreuungsplätze in der Rahmenvertragsvereinbarung zwischen der Liga der Wohlfahrtsverbände und dem Senat geregelt sei. In dieser Kostenblattfinanzierung seien alle notwendigen Aufwendungen enthalten, also auch Mittel für investive oder Mietaufwendungen, die ein Träger zu tragen habe. Die rahmenvertraglichen Vereinbarungen würden regelmäßig fortgeschrieben. 2013 werde erneut verhandelt.

**Marianne Burkert-Eulitz** (GRÜNE) stellt fest, dass die Verdrängung schon stattfinde. Der Kinderladen mit 37 Kindern, der seit 35 Jahren bestehe, müsse jetzt schließen. Was sage die Staatssekretärin den Eltern, die ihren Kitaplatz verlören?

**Staatssekretärin Sigrid Klebba** (SenBildJugWiss) erwidert, dass sie sich den konkreten Einzelfall anschauen müsse. Sie bitte, die Kita zu nennen, man beschäftige sich dann mit dem Einzelfall.

**Martin Delius** (PIRATEN) sagt, derzeit sollten die Rahmenpläne für die 1. bis 10. Klassen überarbeitet werden. Wie sei die Bewerbungslage? Wie gut sei der Prozess mit freiwilligen Lehrer/innen ausgestattet?

**Staatssekretär Mark Rackles** (SenBildJugWiss) antwortet, es lägen keine Hinweise auf Probleme vor. Das LISUM sei beauftragt, die gesamten Rahmenlehrpläne unter verschiedenen Gesichtspunkten zu aktualisieren. Dazu benötige man Lehrkräfte, die dazugeholt würden. Es gebe normalerweise genug Interessenten.

**Martin Delius** (PIRATEN) bemerkt, dass es Hinweise von Lehrern gebe, wonach die Honorarvergütung nicht attraktiv sei.

**Staatssekretär Mark Rackles** (SenBildJugWiss) sichert zu, der Angelegenheit nachzugehen.

b) **Bericht der Senatorin aus der Kultusministerkonferenz bzw. der Jugendministerkonferenz**

Entfällt.

## Punkt 2 der Tagesordnung

Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64  
Absatz 3 der Verfassung von Berlin  
**Dritte Verordnung zur Änderung der Verordnung  
über die Aufnahme in Schulen besonderer  
pädagogischer Prägung**  
**VO-Nr. 17/078, Drucksache 17/0813**  
(auf Antrag der Fraktion der CDU, der Fraktion  
Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke und der  
Piratenfraktion)

[0102](#)  
BildJugFam

**Stefan Schlede** (CDU) erklärt, aufgrund der geführten Diskussion bei der Auswahl für die Schnelllernerzüge an sieben Berliner Schulen sei zu fragen, inwieweit über diese VO ein rechtssicheres, verlässliches System, was die Testphase und die Bewertung der aufzunehmenden Schüler/innen angehe, gewährleistet sei.

**Staatssekretär Mark Rackles** (SenBildJugWiss) bemerkt, dass die VO u. a. die Schnelllernerzüge regele, die laut Koalitionsvertrag in ein Regelangebot überführt würden. An sieben Schulen wolle man das Angebot für Begabtenförderung ab der 5. Klasse verstetigen. Die Kinder bekämen in der normalen Zeit ein Enrichmentangebot. Für einige Eltern handele es sich um einen Zugang zu hoch nachgefragten Schulen. Tatsächlich handele es sich aber um eine Begabtenförderung mit einer eingebauten Hürde. Diese bestehe aus drei Elementen: einer Grundschulempfehlung, einem Gespräch mit der Schulleitung und einem schulpsychologischen Test. Die VO beinhalte die Erleichterung, dass ab einem IQ von 120 bereits 10 Punkte erreicht werden könnten. Allerdings sei bei einem Unterschreiten von 5 Punkten der Test nicht bestanden, und dies könne man nicht durch ein anderes Element korrigieren. Dagegen könne eine schlechte Grundschulempfehlung durch einen guten Test ausgeglichen werden. – 2012 habe man zwei Tests gehabt, in diesem Jahr habe man nur einen Test. Im letzten Jahr sei der Test öffentlich geworden, infolgedessen habe man plötzlich sehr viele Hochbegabte gehabt – weil ein relevanter Teil der Getesteten die Aufgaben gekannt habe. Der sprachfreie Test sei abgelöst worden durch den angereicherten verbleibenden zweiten Test, der, um Nicht-Muttersprachler nicht zu benachteiligen, normiert werden könne. Der Test sei sprach- und kulturfrei. – Das Verfahren sei relativ unstrittig. Strittig sei nur die Verteilung der Kinder auf Schulen. Die Rosa-Luxemburg-OS in Pankow sei und bleibe übernachgefragt. Die Kapazität von insgesamt über 400 Plätzen werde bei weitem nicht ausgeschöpft; 350 Kinder gingen in die Schnelllernerzüge.

**Martin Delius** (PIRATEN) stellt fest, dass es bei den Ergebnissen der Schnelllerner-Tests deutliche Schwankungen gegeben habe. Der Bonus für Kinder nichtdeutscher Herkunftssprache sei kritisiert worden. Wie reagiere der Senat darauf? – Zu den Europaschulen: Es werde kritisiert, dass durch die Herabsetzung der Erfolgskriterien für die Eingangssprachtests bei Muttersprachlern von 80 auf 70 Prozent und bei Deutschsprachigen von 45 auf 20 Prozent Niveau und Qualität des Unterrichts an den Schulen leiden würden. Wie reagiere der Senat darauf?

**Regina Kittler** (LINKE) findet gut, dass man sich für den Erhalt und Ausbau der Europaschulen stark machen wolle. Allerdings müsse man sich über die Sicherheit der Standorte in Berlin unterhalten. Zwei Standorte seien gegenwärtig gefährdet, in Reinickendorf und in Lichtenberg. Dazu interessiere sie die Meinung des Senats. – Es gebe immer noch nicht genügend Möglichkeiten, in den Partnerländern ausgebildete Pädagogen einzustellen, die das Niveau an den Schulen heben könnten. – Die Schnelllernerklassen lernten offenbar gar nicht in kürzerer Zeit, sie hätten mehr Stoff zu bewältigen. Warum bleibe es dann bei dem Begriff?

**Staatssekretär Mark Rackles** (SenBildJugWiss) erklärt, es gebe keinen Ausländerbonus; es gebe den Ausgleich eines Malus für nicht oder nicht gut Deutsch sprechende Kinder. Dies sei ein internationaler Standard, den deutschen Test wende die Schulpsychologie deutschlandweit an. Über Intelligenz könne man wunderbar streiten. In dem standardisierten Verfahren gebe es eine Normierungsmöglichkeit, um die Nachteile von Kindern mit nichtdeutscher Herkunftssprache auszugleichen. Der Ausgleich mache nur Bruchteile eines Punkts aus. Die öffentliche Debatte habe die Senatsverwaltung so nicht antizipiert. Es habe einen Fehler gegeben: Zwei Schulpsychologen hätten nicht das Merkmal „nichtdeutsche Herkunftssprache“ vorgesehen gehabt – weil dies als stigmatisierend hätte aufgefasst werden können –, was nachträglich habe korrigiert werden müssen. Dies habe aber zu keiner Schlechterstellung geführt. Die politische Zuspitzung sei eine unheilige Allianz von unheiligen Kräften gewesen. – Zu den Prozenten: Man dümpelte um die 50 Prozent. 2012 habe man einen Ausreißer gehabt. Dies habe man korrigieren müssen.

Die Schnellläufer hätten ein Jahr übersprungen. Die Schnelllerner hätten eine Verdichtung innerhalb von G 8. Deshalb müsse man eine Hürde einbauen. Die Kinder müssten belastbar sein. Der Schulversuch werde jetzt in ein Regelangebot übernommen. – Eine echte Evaluation müsste man aufsetzen, wenn die Kinder langsam ins System hineinwachsen. Die Humboldt-Universität sei ein Partner bei dem Versuch gewesen und betreue ihn weiterhin. Messen könne man in ca. sechs Jahren bei Abschlüssen in Bezug auf die Ersten, die teilgenommen hätten. Bisher sei dies nicht vorgesehen.

Zu den staatlichen Europaschulen: Man habe eine Anpassung vorgenommen mit dem Grundgedanken, dass das Aufnahmeverfahren rechtssicher werde. Dies führe nicht per se zu einer Erleichterung oder Absenkung des Qualitätsniveaus, sondern im Gegenteil zu einer Stabilisierung. – Drei Standorte seien gefährdet. In Bezirken mit anwachsenden Schüler/innenzahlen seien die Schulen ohne Einzugsbereiche die Ersten, an die man denken könne, um die Kapazitäten herumschieben. SenBildJugWiss wolle Standorte, insbesondere an sozialen Brennpunkten, auf jeden Fall halten. Man lasse nicht zu, dass aus reinen Kapazitätsgründen Europazüge aufgegeben oder verlagert würden. Man sei mit Reinickendorf noch im Gespräch. Die Kapazitätsfragen könnten nicht grundsätzlich zulasten der Europazüge gelöst werden.

An den Europaschulen seien die Anforderungen an die Abschlüsse dieselben wie an jeder anderen Schule. Dies führe bei der Anerkennung mancher ausländischer Abschlüsse zu zu klärenden Einzelfallfragen. Grundsätzlich sei dies kein Problem. Die untere Grenze sei der von der KMK gesetzte Standard. Für konkrete Fälle seien die Abteilungen I und VI zuständig.

**Regina Kittler** (LINKE) sagt, es sei nicht nachvollziehbar, warum jetzt der Modellversuch in ein Regelangebot überführt werde, ohne dass die Auswertung einer wissenschaftlichen Begleitung vorgelegt worden sei.

Der **Ausschuss** nimmt die Verordnung zur Kenntnis.

Punkt 3 der Tagesordnung

- |   |   |
|---|---|
| a) Vorlage – zur Beschlussfassung –<br>Drucksache 17/0894<br><b>Gesetz über die Qualitätsverbesserung des<br/>Schulmittagessens</b> | <a href="#">0117</a><br>BildJugFam<br>Haupt |
| b) Antrag der Fraktion Die Linke<br>Drucksache 17/0838<br><b>Schulessen für Grundschülerinnen und -schüler<br/>subventionieren</b>  | <a href="#">0110</a><br>BildJugFam<br>Haupt |

Hierzu: Anhörung

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung

- |   |   |
|---|---|
| Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der<br>Fraktion Die Linke und der Piratenfraktion<br>Drucksache 17/0449<br><b>Musikschulen und Volkshochschulen sichern –<br/>Arbeitsbedingungen der Honorarkräfte an<br/>Musikschulen und Volkshochschulen verbessern</b> | <a href="#">0067</a><br>BildJugFam<br>Haupt |
|---|---|

**Thomas Birk** (GRÜNE) verweist darauf, dass schon lange über den Sachverhalt debattiert werde. Der Abschlussbericht der Kommission Berliner Volkshochschulen und Musikschulen liege seit Juli 2009 vor und sei in zwei Ausschüssen beraten worden. Es gebe eine Arbeitsgruppe, die sich mit den Inhalten befasse, und Verhandlungen mit den Bezirken. Er bitte den Staatssekretär, über den Stand der Dinge zu berichten. Wenn man über Standardverbesserungen und Verbesserungen für die Leitungsstrukturen rede, sei die Debatte fast unmöglich, weil man die 20 000-VZÄ-Bremse in den Bezirken habe; wenn man den Bezirken Stellen gebe, müssten diese anderswo Stellen streichen. Dies sei nicht im Sinne von neuen Aufgaben. Neue Stellen müssten zu den 20 000 addiert werden, sonst könne man hier aufhören, Politik zu machen. – Zu den Honorarverträgen habe es eine lange Debatte gegeben. Die Musikschuldozent/inn/en seien jetzt alle gezwungen, den neuen Vertrag zu unterschreiben. Die VHS-Dozent/inn/en und die Musikschullehrer/innen hätten schon lange gefordert, dass es für die arbeitnehmerähnlichen Honorarkräfte einen Tarifvertrag gebe, der Mindeststandards absichere. Die Menschen, die Integrationskurse an den VHS gäben, agierten wie normale Lehrer/innen an Schulen, sie seien eigentlich auch weisungsgebunden, weil sie nicht irgendetwas unterrichten könnten. Sie erhielten im Krankheitsfall keine Ausgleichszahlungen. Dies sei undenkbar! An den Musikschulen gebe es wenigstens das Ausfallhonorar. Der Nachweis sei allerdings sehr kompliziert. – Es gebe keinen gesicherten Mutterschutz. Es sei schwierig, eine ordentliche Altersvorsorge aufzubauen, es gebe keinen Mindestbeschäftigungsumfang und

keine vernünftige Orientierung an der Tarifentwicklung im öffentlichen Dienst. Die Honorare, die vor 30 Jahren vergleichsweise hoch gewesen seien, seien heute so vergleichsweise niedrig, dass man von prekärer Beschäftigung reden müsse, vor allem im Hinblick auf die Alterssicherung der arbeitnehmerähnlichen Honorarkräfte. Es gebe auch keine Interessenvertretung. Daher habe die SPD auf ihrem Parteitag im Juni für die Musikschulkräfte und VHS-Dozent/inn/en gefordert, dass es Tarifverträge geben solle, die das soeben Aufgezählte absichern sollten. Es würde der Sozialdemokratie gut anstehen, zu ihren Parteitagsbeschlüssen zu stehen. Wenn er die CDU richtig verstanden habe, wolle diese dies eigentlich auch. Nun müsse sich endlich etwas bewegen. Die Einkommen der Musikschullehrer/innen seien seit 2008 um 14 Prozent gesunken.

**Staatssekretär Mark Rackles** (SenBildJugWiss) führt aus, dass es in Ostberlin früher an den Musikschulen die festangestellten Kräfte gegeben habe, deren Anteil im Lauf der Jahre deutlich auf das Westberliner Niveau verringert worden sei. Bundesweit sei der Anteil der Festangestellten sehr gering. In Berlin habe man die AV Honorare bearbeiten müssen. Jetzt müssten die Verträge umgestellt werden. Dies sei erforderlich, um die Anforderungen der Deutschen Rentenversicherung im Sinne der Beschäftigten und der Musikschulen zu erfüllen. – Das Steuerungsgremium, das er selbst leite, habe inzwischen drei Mal getagt. Man brauche Mindestversorgungsquoten. Es gebe starke Musikschulen, die nichts verlieren wollten. Andere kritisierten, dass die, die bisher wenig machten, mehr bekommen sollten als die, die bisher viel machten. Im Ergebnis sei das Angebot – 1,4 Mio. Euro – nicht einstimmig angenommen worden. Ohne eine Mindestversorgung brauche man nicht weiterzureden. Aus Sicht der Bezirke solle es keine Landesmusikschule geben. Aber um Geld in das System hineinzugeben, müsste es eine Verständigung auf Mindeststandards geben. Dies sei trotz mehrfacher Beratung bisher nicht möglich gewesen. – Stärkung der bezirklichen Zusammenarbeit sei das zweite große Thema. Es gehe darum, bestimmte Bereiche wie Marketing stärker aufeinander abzustimmen. Wenn es so weitergehe wie bisher, müsse man einen anderen Weg beschreiten. Land und Bezirke kämen nicht zusammen.

Die Tarifverträge seien eine TdL-Frage. Kein Land habe Tarifverträge in diesen Bereichen. Nach Einschätzung von SenFin gebe es keine Chance, dies anzumelden. Die Orientierung der Honorare an der Tarifentwicklung des öffentlichen Dienstes erfolge über die Honorarordnung für VHS und Musikschulen. Ausgleichszahlungen im Krankheitsfall erfolgten über die AV für Musikschulen. Zu der AV für die VHS versuche man mit SenFin eine analoge Regelung unterhalb der tarifrechtlichen Regelung hinzubekommen. Mutterschutz sei bei den Musikschulen über die Künstlersozialkasse geregelt. Bei den VHS gebe es das Mutterschaftsgeld bei den Krankenkassen unterschiedlich. Für die Altersversorgung gebe es Zuschüsse, die auch für die Freiberuflichen gezahlt würden – auch über die Künstlersozialversicherung. Mindestbeschäftigungsumfang beiße sich wie die Interessenvertretung mit dem Anstellungsstatus. Bei den Musikschullehrern gebe es eine Vertretung. Die Rechte seien allerdings an Anstellungsverhältnisse gebunden. Der Unterschied sei in der Grundstruktur angelegt. – Im letzten Jahr sei die Honorarerhöhung aus Einzelplan 10 erfolgt. Systematisch gehörten die Honoraranpassungen in die Globalsumme.

Die Verwaltung bereite ein „Behauptet wird / Richtig ist“-Papier vor, weil die Behauptungen von Verdi nicht nur richtig seien.

**Martin Delius** (PIRATEN) betont, dass 91 Prozent des Unterrichts an Musikschulen und Volkshochschulen von im Prinzip scheinselfständigen Honorarkräften erteilt werde. Er habe den Eindruck, dass die meisten Honorarkräfte nicht in Teilzeit arbeiteten. Seien die 1,4 Mio. Euro, die die Bezirke nicht haben wollten, das, was zu den 7,3 Prozent Erhöhung noch fehle? Was sei jetzt schon an Aufwüchsen nach 2014 geplant? Es müsse einen Plan geben, den 14-prozentigen Reallohnverlust wieder auszugleichen. Sonst werde man irgendwann keine Honorarkräfte mehr bekommen.

**Regina Kittler** (LINKE) schließt sich den Ausführungen der Grünen und der Piraten an. Der Abbau der Festangestellten sei verheerend und wirke sich entsprechend auf die Bildungsangebote aus. Diese Entwicklung der letzten 20 Jahre müsse man nicht gut finden und hinnehmen. Was hindere Berlin, einen Tarifvertrag abzuschließen? – [Stefan Schlede (CDU): Weil das zu teuer ist!] – Dies sei notwendig. In Sachsen-Anhalt schreibe ein Musikschulgesetz mindestens 50 Prozent Festangestellte fest. Dies wäre auch eine Möglichkeit. – [Oliver Friederici (CDU): Was haben Sie die letzten 10 Jahre gemacht?] –

**Staatssekretär Mark Rackles** (SenBildJugWiss) meint, an sich müsste es bezüglich der Tarifanpassung eine vernünftige Regelung für alle Kräfte geben, die nicht festangestellt seien. Aber solange die Situation sei, wie sie sei, könne man nur versuchen, sinnvoll damit umzugehen. Derzeit werde die Erhöhung 2012/13 aus dem Einzelplan bezahlt; der Betrag komme zur Globalsumme. Zur Mindestversorgung in den Bezirken habe die Verwaltung noch einen Betrag angeboten, der nur einzelnen Bezirken zugute gekommen wäre. Dieser sei nicht angenommen worden. – Die TdL hindere die Länder, einen Tarifvertrag zu machen. Nach der Einigung der Tarifparteien würden die Musikschullehrer/innen in den gehobenen Dienst eingruppiert. Dies sei eine Schlechterstellung gegenüber den VHS. Eine Erhöhung des Anteils der Festangestellten würde zu einer deutlichen Verringerung des Angebots an den Musikschulen führen. – Die Senatsverwaltung strebe an, wenigstens die Funktionsstellen abzusichern.

Der **Ausschuss** vertagt die Besprechung.

#### Punkt 5 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.